

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Langhammer, Rolf J.; Lücke, Matthias;  
Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich;  
Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter

**Working Paper**

## Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Investitionsschwäche verhindert Wachstum. Achter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 273

**Provided in cooperation with:**

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Langhammer, Rolf J.; Lücke, Matthias; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter (1996) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Investitionsschwäche verhindert Wachstum. Achter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 273, <http://hdl.handle.net/10419/887>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L   D I S C U S S I O N   P A P E R S

273

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

## **Die wirtschaftliche Lage Rußlands** Investitionsschwäche verhindert Wachstum

**Achter Bericht**

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Produktion, Investitionen und Preise</b> .....	3
<b>II. Arbeitsmarkt</b> .....	4
<b>III. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte</b> .....	5
<b>IV. Öffentliche Haushalte</b> .....	6
<b>V. Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik</b> .....	7
<b>VI. Außenwirtschaft</b> .....	10
<b>VII. Ordnungspolitische Entwicklungen</b> .....	12
<b>VIII. Ausblick</b> .....	14
<b>IX. Statistischer Anhang</b> .....	15
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	21

*Dieser Bericht wurde am 15. März 1996 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich, Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.*

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Die **wirtschaftliche Lage Russlands** / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Kiel : Inst. für Weltwirtschaft.

Bericht 1 u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Russlands und Weissrusslands  
NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 8. Investitionsschwäche verhindert Wachstum. - 1996

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 273)

ISBN 3-89456-119-X

NE: GT

©

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel  
D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht  
gestattet, den Band oder Teile daraus  
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

*Seit 1992 berichten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zweimal jährlich über „Die wirtschaftliche Lage Rußlands“. Die Institute legen hiermit ihren achten Bericht vor. Nachdem im letzten Bericht sowohl ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage gegeben als auch ein spezieller Aspekt der Systemtransformation dargestellt wurden, beschränkt sich der vorliegende Bericht auf eine Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Der zweite für 1996 geplante Bericht wird dann auch wieder ein Spezialthema behandeln.*

## **I. Produktion, Investitionen und Preise**

Der seit 1990 andauernde Produktionsrückgang in der russischen Wirtschaft ist auch im Jahr 1995 nicht zum Stillstand gekommen. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts fiel zwar mit 4 vH deutlich geringer aus als im Vorjahr (Tabelle A1). Die Mitte des Jahres geäußerten Hoffnungen hinsichtlich einer Stabilisierung der Produktion<sup>1</sup> haben sich aber nicht erfüllt. Im zweiten Halbjahr lag das BIP nahezu kontinuierlich um 4 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums, und auch im Januar und Februar 1996 sank das BIP im Jahresvergleich um 3 bzw. 4 vH (Goskomstat Rossii 1996a: 5 f.; Goskomstat Rossii 1996b: 4; Interfax-Meldung).

Die Investitionen gingen 1995 mit 13 vH erneut wesentlich stärker zurück als das Bruttoinlandsprodukt. In den letzten fünf Jahren ist das Investitionsvolumen auf 30 vH des Niveaus von 1990 gesunken. In der Industrie wurden im vergangenen Jahr 34 vH der Investitionen getätigt (1994: 30 vH), von denen knapp zwei Drittel auf die Brennstoff- und Energiezweige entfielen. Der Anteil des Verkehrswesens an den Investitionen betrug 1995 knapp 15 vH (1994: 11 vH). Das Gewicht der Investitionen in die Landwirtschaft hat weiter

abgenommen (1990: 16 vH; 1995: 3 vH). Demgegenüber ist die Bedeutung des Wohnungsbaus für die Investitionstätigkeit seit 1990 kontinuierlich gestiegen (1990: 17 vH; 1995: 26,0 vH) (Goskomstat Rossii 1996a: 56 ff.; Goskomstat Rossii 1995b: 376 ff.). Insgesamt fiel der Einbruch der Investitionen in den Sektoren, die sich auf Auslandsnachfrage und staatliche Förderung stützen konnten, weniger drastisch aus als in den Sektoren, die sowohl unter der realen Aufwertung des Rubels als auch unter dem Stillstand in der Privatisierung litten.

Die Entwicklung des realen Einzelhandelsumsatzes (-7 vH), der realen entgeltlichen Dienstleistungen (-17 vH) und der realen Geldeinkommen der privaten Haushalte (-13 vH) weist auf einen abermaligen Rückgang des privaten Konsums hin. Ebenfalls stark reduziert wurde die reale Staatsnachfrage. Demgegenüber hat der Anteil der Nettoexporte am BIP leicht zugenommen.

Die Industrieproduktion sank 1995 um 3 vH (1994: -21 vH). Dahinter verbargen sich unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen (Tabelle A2). In einigen Zweigen der Grundstoffindustrie konnte erstmals seit meh-

renen Jahren ein Produktionsanstieg erzielt werden (Eisen- und Stahlindustrie: 9 vH; NE-Metallurgie: 2 vH; Chemie und Petrochemie: 8 vH). Dieser Zuwachs war in erster Linie auf eine Steigerung der Exporte von Vorprodukten zurückzuführen. Allerdings haben mittlerweile die sinkenden Weltmarktpreise, die fortgesetzte reale Aufwertung und die in den letzten Jahren stark gestiegenen Energie- und Transportkosten dazu geführt, daß die Exporte von Eisen- und Stahlerzeugnissen und NE-Metallen vielfach nicht zu kostendeckenden Preisen abgewickelt werden.<sup>2</sup> In den verarbeitenden Industriezweigen setzte sich der Schrumpfungsprozeß fort. Die höchsten Produktionseinbußen verzeichnete erneut die Leichtindustrie mit 31 vH, deren Produktion seit 1990 wegen der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit der Branche gegenüber Importerzeugnissen um mehr als 80 vH zurückgegangen ist. Im Maschinenbau ging die Produktion 1995 vor allem wegen der rückläufigen Investitionen um 10 vH zurück.

Die Agrarproduktion sank 1995 um 8 vH (1994: -12 vH), wobei dieser Rückgang pri-

mär die ehemaligen Kolchosen und Sowchosen betraf, deren Anteil an der Agrarproduktion sich auf 55 vH (1994: 60 vH) verringerte. Auf die privaten Nebenerwerbsbetriebe entfielen 43 vH der landwirtschaftlichen Produktion (1994: 38 vH), das Gewicht der privaten Agrarbetriebe („Farmer“) blieb mit 2 vH weiter unbedeutend. Die Getreideernte fiel mit 63,5 Mill. t (1992: 107 Mill. t; 1993: 99 Mill. t; 1994: 81 Mill. t) katastrophal aus.

Der Preisanstieg hat sich 1995 deutlich abgeschwächt (Tabelle A3). Die Verbraucherpreise stiegen von Dezember 1994 bis Dezember 1995 um 131 vH (Dezember 1994 zu Dezember 1993: 215 vH), wobei die monatlichen Preissteigerungsraten von 18 vH im Januar auf 3 vH im Dezember sanken. Überdurchschnittlich stiegen die Preise für Dienstleistungen an (232 vH), während die Teuerungsrate bei Nahrungsmitteln (123 vH) und anderen Konsumgütern (116 vH) etwas unter dem Durchschnitt lag. Bei den industriellen Erzeugerpreisen kam es zu einem Preisanstieg von 175 vH (Goskomstat Rossii 1996a: 152 ff., 430 ff.).

## II. Arbeitsmarkt

Ende 1995 betrug das Beschäftigungspotential 73 Mill. Arbeitskräfte. Die Zahl der Beschäftigten betrug 67 Mill., gegenüber dem Vorjahr ist sie um 400 000 zurückgegangen. In der Struktur der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen hat vor allem die Industrie gegenüber 1994 an Gewicht verloren. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten sank von 27,1 auf 25,7 vH. Innerhalb der industriellen Be-

schäftigung sind die Anteile der Stromwirtschaft, der Brennstoffindustrie und der Metallurgie gestiegen, während der Maschinenbau und die Leichtindustrie ihre Beschäftigung überdurchschnittlich abgebaut haben.

Nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation hat das Staatskomitee für Statistik die Arbeitslosenzahl per Ende 1995 mit 6 Mill. errechnet, dies entspricht einer Ar-

beitslosenquote von 8,2 vH (Ende 1994: 5,5 Mill. bzw. 7,5 vH).<sup>3</sup> Da sich jedoch nicht alle Beschäftigungslosen als arbeitslos melden, lag die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Personen ohne Beschäftigung Ende Dezember 1995 lediglich bei 2,6 Mill., was einer Arbeitslosenquote von 3,6 vH entspricht (Ende Dezember 1994: 1,9 Mill. bzw. 2,6 vH). Von ihnen waren 2,3 Mill. als Arbeitslose anerkannt, d.h., sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung (Ende Dezember 1994: 1,6

Mill.). Der Beschäftigungsabbau in den Großbetrieben ist bislang mit Hilfe von Kurzarbeit in Grenzen gehalten worden. Im Dezember 1995 waren insgesamt 4,5 Mill. Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, von denen 2,1 Mill. eine verkürzte Arbeitszeit hatten und sich 2,4 Mill. in unbezahltem Urlaub befanden (Goskomstat Rossii 1996a: 237 ff.; Goskomstat Rossii 1996b: 37 f.; Government of the Russian Federation 1996: Tabelle 11).

### III. Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen sanken 1995 mit 13 vH schneller als das BIP, während 1994 bei stark fallendem BIP noch ein beachtlicher Zuwachs festzustellen war. Der Rückgang der Reallöhne fiel mit 26 vH noch wesentlich stärker aus. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an den Geldeinkommen hat 1995 erstmals den der Löhne übertroffen (Tabelle A4). Die dynamische Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit lag zum großen Teil in der Entwicklung des Dienstleistungssektors und neuer privater Unternehmen begründet. Das Entwicklungstempo der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und das der Löhne haben sich im zweiten Halbjahr angeglichen.

Die höchsten Lohnniveaus waren wie bisher im Bank- und Versicherungs- sowie im Bau- und Transportgewerbe anzutreffen. In der Landwirtschaft, in der Leichtindustrie, im Maschinenbau und im Sozialbereich blieb das Lohnniveau bei unterdurchschnittlichem Zuwachs relativ niedrig. Wie bisher zahlten die

Unternehmen neben den Löhnen Zuschläge<sup>4</sup> in Höhe von durchschnittlich 11 vH der Löhne, im Bankgewerbe sogar 40 vH. Ein Teil der zugesagten Löhne wurde jedoch nicht ausgezahlt; die Lohnrückstände haben sich im Verlauf des Jahres 1995 erhöht.

Die Einkommensunterschiede sind gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. Die Differenzierung der Geldeinkommen, gemessen an der Relation vom höchsten zum niedrigsten Einkommensdezil, sank gegenüber dem Vorjahr vom 15fachen auf das 13,5fache. Der Anteil der Bevölkerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum ist von 24 auf 25 vH gestiegen. Sinkende Realeinkommen ließen den Konsum zurückgehen. Gleichwohl waren die verminderten Realeinkommen mit einem steigenden Anteil der Konsumausgaben (71 vH) und einer um 6 Prozentpunkte gesunkenen Sparquote verbunden. Der Anteil der Ausgaben für den Kauf von Devisen ist von 18 auf 14 vH gesunken. Die Einführung des Wechselkurskorridors im Juli 1995 hat allerdings den

Anteil der Ausgaben für den Erwerb von Devisen kaum verändert. Der Rückgang der Devisenkäufe fand vor allem im Mai und Juni 1995 statt. Es ist zu erwarten, daß die Lohn-

und Rentenrückstände 1996 angesichts des Wahlkampfes um das Präsidentenamt abgebaut werden.

#### IV. Öffentliche Haushalte

Bei real deutlich rückläufigen Einnahmen wurde 1995 ein restriktiver finanzpolitischer Kurs eingeschlagen. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag bei nur noch 3 vH des BIP,<sup>5</sup> nachdem es 1994 über 10 vH betragen hatte.<sup>6</sup> Allerdings ließ sich diese Defizitbegrenzung nur durch drastische reale Ausgabenkürzungen und Zahlungsverzögerungen gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten erreichen. Der finanzpolitische Kurswechsel ging mit einer veränderten Defizitfinanzierung einher. Zum ersten Mal seit Transformationsbeginn wurde das ausgewiesene Defizit im wesentlichen über den heimischen Finanzmarkt und die Kreditzuwendungen internationaler Organisationen gedeckt.<sup>7</sup> Hohe Realzinsen und die im Jahresverlauf aufgetretenen Liquiditätsengpässe auf den inländischen Finanzmärkten wirkten dabei finanzpolitisch disziplinierend. In den ersten beiden Monaten 1996 hat sich die Haushaltssituation verschärft. Ende Februar 1996 waren über 50 vH der föderalen Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt. Gerade weil eine Stabilisierung der Einnahmenseite nicht in Sicht ist, muß die derzeitige finanzpolitische Situation trotz der Erfolge bei der Defizitfinanzierung als sehr instabil gelten.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts erreichten 1995 mit etwa 26 vH des BIP den niedrigsten Stand seit Beginn der Transforma-

tion. Wichtigste Einnahmearten waren auch 1995 die Gewinnsteuer (7 vH des BIP), gefolgt von der Mehrwertsteuer (knapp 6 vH des BIP). Das Aufkommen aus allen wichtigen Steuerarten war gegenüber dem Vorjahr rückläufig (Tabelle A5). Allerdings hätte sich die Einnahmensituation bei fristgerechter Abführung deutlich anders dargestellt. Zum Jahresende hatten die den Finanzbehörden bekannten Steuerrückstände ein Ausmaß von 3,3 vH des BIP erreicht. Allein auf die Gewinn- und Mehrwertsteuer entfielen Rückstände in einer Größenordnung von mehr als 2,5 vH des BIP. Diese erheblichen Rückstände sind einerseits auf die Liquiditätsprobleme im Unternehmenssektor zurückzuführen. Andererseits werden diese Steuerschulden in einen engen Zusammenhang mit uneingelösten Zahlungsverpflichtungen staatlicher Einrichtungen gegenüber einzelnen Unternehmen gebracht. Da das Ausmaß der Verschuldung der öffentlichen Haushalte gegenüber den Unternehmen und privaten Haushalten unbekannt ist, läßt sich nicht bestimmen, ob sich die öffentlichen Haushalte zum Jahresende in einer Nettogläubigerposition befanden.

Angesichts der schwierigen Einnahmensituation und der Veränderung bei der Defizitfinanzierung wurden die realen Ausgaben drastisch gekürzt bzw. Zahlungen verzögert. Nach den

vorliegenden Daten dürften die vormals subventionierten Unternehmen besonders stark von den Kürzungen betroffen gewesen sein. Lagen die Ausgaben für die „Volkswirtschaft“ 1994 noch bei gut 10 vH des BIP, so flossen in die entsprechenden Sektoren 1995 insgesamt nur noch Finanzmittel in Höhe von knapp 5 vH des BIP.<sup>8</sup> Die ausgewiesenen Ausgabenkürzungen in den personalintensiven Bereichen Verteidigung und Verwaltung dürften auch auf Zahlungsrückstände des Budgets gegenüber den Beschäftigten zurückgehen. Unklar ist — auch angesichts der gesunkenen Verteidigungsausgaben —, wie die Kosten des Tschetschenien-Konflikts verbucht wurden. Durch die deutlich positive Realverzinsung der staatlichen Anleihen sind erstmals seit Beginn der Transformation nennenswerte Ausgaben für den Schuldendienst auf heimische Papiere fällig geworden.

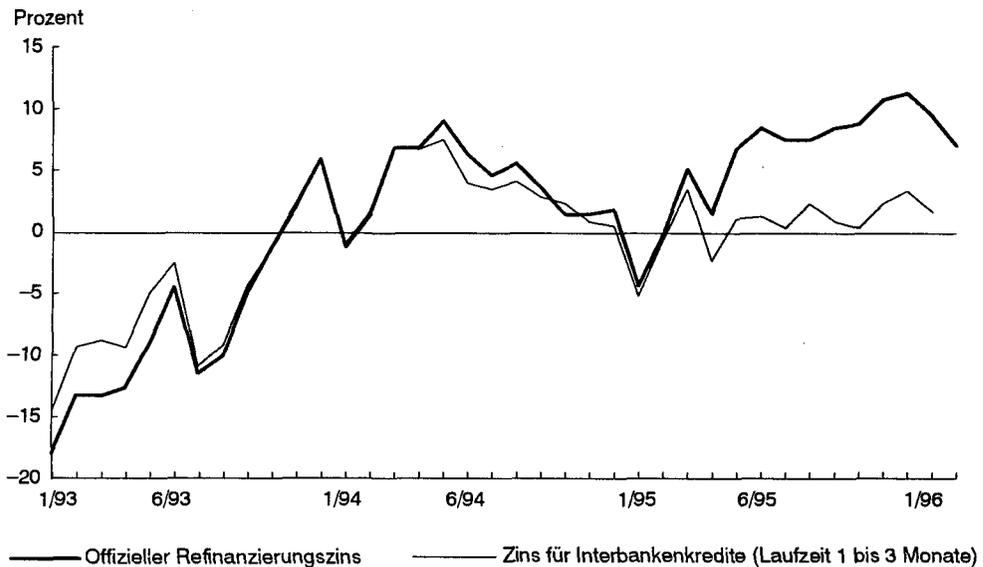
Anders als in den Vorjahren wurde bereits 1995 der Föderationshaushalt für das Folgejahr verabschiedet. Danach soll an dem restriktiven finanzpolitischen Kurs des Jahres 1995 weitgehend festgehalten werden. Vorgesehen sind Einnahmen in Höhe von 15,1 vH des BIP, denen Ausgaben in einer Größenordnung von etwa 18,9 vH gegenüberstehen sollen. Im Vergleich zu 1995 würde dies eine deutliche Steigerung sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben bedeuten. Das Defizit soll nach dem Gesetz bei 3,85 vH des BIP liegen. Etwa zwei Drittel der Defizitfinanzierung soll über im Inland plazierte staatliche Schuldverschreibungen erfolgen; das restliche Drittel soll durch internationale Kreditaufnahme gedeckt werden. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt ab, daß dieser finanzpolitische Kurs, der auf das ehrgeizige Vorhaben einer Defizitbegrenzung zielt, schwerlich durchzuhalten sein wird.

## V. Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik

Erstmals seit Beginn der Transformation wurde 1995 ein geldpolitischer Stabilisierungsversuch über einen längeren Zeitraum hinweg durchgehalten. Seit März 1995 liegt die monatliche Preissteigerungsrate im einstelligen Bereich; ab Jahresmitte sank sie sogar unter die 5-Prozent-Marke. Zu dieser Entwicklung hat eine extrem restriktive Zinspolitik der Zentralbank beigetragen, die mit einem Rückgang des Geldmengenwachstums einherging. Zwar hat die Zentralbank ihre Refinanzierungszinsen schrittweise von 200 % per annum im Januar 1995 auf 120 % seit Februar 1996 gesenkt, die realen Zinsen liegen allerdings noch immer bei

rund 10 % pro Monat (Schaubild 1). Dies entspricht einer Verzinsung von mehr als 200 % pro Jahr.

Die durchschnittliche Wachstumsrate der Geldmenge M2 konnte von 32 vH pro Quartal in 1994 auf 22 vH in 1995 reduziert werden (Tabelle A6). Zwischen November 1994 und November 1995 stieg der Bargeldumlauf nominal zwar noch um 85 vH, in realen Größen bedeutete dies aber einen Rückgang um rund ein Drittel.<sup>9</sup> Die von der Notenbank vergebenen Kredite nahmen nominal nur um gut 3 vH zu, wobei deutlich unterschiedliche Trends bei den an die Regierung bzw. an die Geschäftsbanken

Schaubild 1 — Monatliche Realzinssätze Rußlands 1993–1996<sup>a</sup>

<sup>a</sup>Nominale Zinssätze mit dem Erzeugerpreisindex deflationiert.

Quelle: Government of the Russian Federation (lfd. Jgg.), Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds, Berechnungen der Institute.

vergebenen Krediten zu verzeichnen waren. Während das Volumen der an Geschäftsbanken vergebenen Zentralbankkredite im gesamten Betrachtungszeitraum nominal um 21 vH sank, wurden die Regierungskredite um 12 vH ausgeweitet.<sup>10</sup> Dominierenden Einfluß auf das Wachstum der Zentralbankaktiva hatten 1995 die Währungsreserven, deren Anteil an den Aktiva der Bank sich mehr als verdoppelte und Ende 1995 mehr als ein Drittel ausmachte.

Entscheidend für den mittel- bis langfristigen Erfolg des derzeitigen Stabilisierungskurses wird der Umgang der Zentralbank mit der Zahlungskrise im Banken- und Unternehmenssektor sein. Der Anteil überfälliger Bankkredite liegt mit gut einem Drittel aller Kredite unverändert hoch. Zudem nimmt die zwischenbetriebliche Verschuldung noch immer zu. Während das reale Volumen der Bankkredite an die

Wirtschaft in den ersten elf Monaten des Jahres 1995 um rund 40 vH zurückging, nahm der Wert zwischenbetrieblicher Kredite real um 12 vH zu. Diese Liquiditätskrise im Unternehmenssektor dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Banken bleiben.

Während die Zentralbank in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen mit einer Monetisierung der Unternehmensschulden reagiert hat, widersetzt sie sich bislang noch Forderungen nach neuen Vorzugskrediten.<sup>11</sup> Nun steht die Aufgabe an, Bedingungen für eine ausreichende und marktgerechte Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld zu schaffen. Dabei kann die Notenbank gegenwärtig einen Spielraum für Zinssenkungen, der sich bei rückläufiger Inflationsrate und den extrem hohen Realzinsen ergibt, schrittweise nutzen. Es müssen jedoch auch die institutionellen Vor-

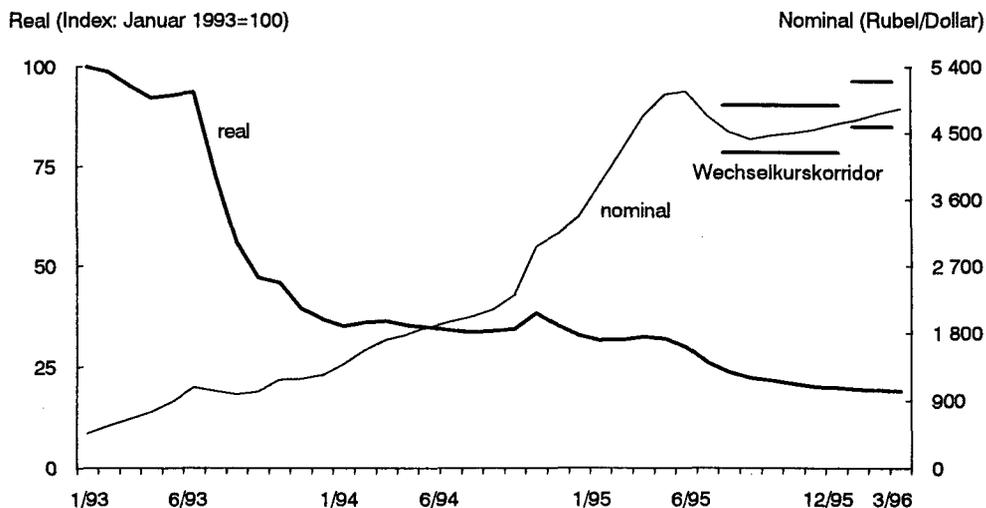
aussetzungen für eine marktorientierte Geldpolitik verbessert werden.<sup>12</sup> Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die Durchführung von Offenmarktgeschäften und die Festlegung von Solvenz Kriterien für den Zugang der Banken zu Refinanzierungskrediten zu nennen.

Die Gefahr einer Bankenkrise ist bislang noch nicht abgewendet worden, wenngleich die Zentralbank inzwischen ihrer Aufsichtspflicht für den Bankensektor stärker nachkommt und zudem keine automatischen Liquiditätshilfen bereitstellt. Allein im Jahr 1995 wurde 225 Geschäftsbanken die Lizenz entzogen (Central'nyi Bank Rossijskoj Federacii 1996: 10). Darüber hinaus sind seit der Liquiditätskrise im Bankensektor vom August 1995 Veränderungen zu beobachten (DIW, IfW und IWH 1995). So wird der Zugang zu Interbankenkrediten in zunehmendem Maße an die finanzielle Lage einer Bank und an die Bereitstellung von Sicherheiten geknüpft (Winkler 1996). Das be-

deutet zum einen, daß Banken mit einer breiten Einlagenbasis einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Preisbildung auf dem Interbankemarkt haben. Zum anderen müssen weniger bekannte und finanziell schwächere Banken eine erhebliche Risikoprämie zahlen bzw. sind auf die Finanzierung durch die Zentralbank angewiesen.<sup>13</sup> Die Banken sind zudem offensichtlich bemüht, ihr Engagement gegenüber risikoreichen Kunden zu reduzieren, verstärkt liquide Aktiva wie Staatspapiere zu halten und über hohe Zinsspannen Spielraum für die Abschreibung notleidender Kredite zu gewinnen.

Im Zeitraum von der Einführung eines Korridors für den Wechselkurs zwischen russischem Rubel und US-Dollar Anfang Juli 1995 bis Ende Januar 1996 hat der Rubel nominal nur um gut 4 vH abgewertet (Schaubild 2). Dies bedeutete eine reale Aufwertung in Höhe von rund 20 vH allein im zweiten Halbjahr 1995. Angesichts der kontinuierlichen realen

Schaubild 2 — Realer und nominaler Wechselkurs des Russischen Rubels zum US-Dollar 1993–1996<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Monatsdurchschnittskurse; März 1996 vorläufig.

Quelle: Government of the Russian Federation (lfd. Jgg.), *Finansovye izvestija* (lfd. Jgg.), Berechnungen der Institute.

Aufwertung und des damit verbundenen Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit für die russischen Unternehmen hat die Regierung die Bandbreite für den Wechselkurs zum Dollar mit Gültigkeit für das erste Halbjahr 1996 auf 4 550 bis 5 150 Rubel pro Dollar angehoben, was eine geringfügige prozentuale Verengung der Bandbreite von 13,9 auf 13,1 vH bedeutet.<sup>14</sup>

Bisher hat die Verteidigung des Wechselkurskorridors keine größeren Schwierigkeiten bereitet; der nominale Wechselkurs hat sich zu keiner Zeit der oberen Bandgrenze genähert.

Lediglich gegen Ende des Jahres 1995 wurden relativ geringe Interventionen innerhalb der Grenzen des Währungskorridors vorgenommen. Angesichts der hohen Realzinsen und des Zustroms an Währungsreserven der Notenbank wäre eine Nutzung des derzeit bestehenden Zinsspielraums mit dem Wechselkursziel durchaus vereinbar. Um der Gefahr einer Überbewertung vorzubeugen und die Risiken für den realwirtschaftlichen Sektor zu reduzieren, wäre der Übergang zu einer gleitenden Paritätsänderung (*crawling peg*) zweckmäßig.

## VI. Außenwirtschaft

Der Außenhandelsumsatz ist 1995 erneut deutlich angestiegen. Nach ersten vorliegenden Schätzungen nahm die Ausfuhr von 66 Mrd. US-Dollar im Jahr 1994 auf 78 Mrd. US-Dollar im Jahr 1995 zu; die Einfuhr wuchs im gleichen Zeitraum von 50 Mrd. US-Dollar auf 58 Mrd. US-Dollar. Bei der Ausfuhr hat sich die Bedeutung von Rohwaren und industriellen Grundstoffen weiter erhöht; von der Einfuhr entfiel wiederum mehr als die Hälfte auf Konsumgüter einschließlich Nahrungsmittel (Goskomstat Rossii 1996a: 135 ff.; *Nachrichten für Außenhandel* vom 8. Februar 1996). Der Anteil der GUS-Staaten an der russischen Ausfuhr sank von etwa 23 vH im Jahr 1994 auf 17 vH im Jahr 1995. Hierfür war vermutlich ausschlaggebend, daß die Preise im Handel zwischen den GUS-Staaten weiter an das Weltmarktniveau herangeführt wurden und Rußland Kredite zur Zahlungsbilanzfinanzierung nur noch zu marktüblichen Bedingungen

vergeben hat. Gleichzeitig konnten vor allem Rohstoffe noch relativ problemlos auf den Weltmärkten abgesetzt werden. Die Einfuhr aus den GUS-Staaten wuchs hingegen ähnlich rasch wie die Einfuhr insgesamt.

Für das Gesamtjahr 1995 liegt bisher keine Zahlungsbilanz vor. An bedeutenden Mittelzuflüssen war neben dem Handelsbilanzüberschuß von etwa 20 Mrd. US-Dollar vor allem der Beistandskredit des IWF mit Auszahlungen von etwa 5 Mrd. US-Dollar während des Jahres 1995 zu verzeichnen. Die privaten Investitionen dürften mit etwa 2 Mrd. US-Dollar doppelt so hoch wie 1994 gelegen haben, wobei der größte Teil auf Direktinvestitionen entfiel (Goskomstat Rossii 1996a: 147; *Nachrichten für Außenhandel* vom 5. Februar 1996). Große Posten bei den Mittelabflüssen von ungefähr 14 Mrd. US-Dollar und den Zuflüssen von mindestens 27 Mrd. US-Dollar deuten darauf hin, daß die Netto-Kapitalausfuhr aus

Rußland einschließlich des Zuwachses an Bardevisen bei russischen Nichtbanken und die illegalen Importe auch 1995 nicht zum Erliegen gekommen sind.<sup>15</sup>

Gegen Jahresende 1995 wurde im Rahmen des Londoner Clubs eine langfristige Regelung für die von Rußland übernommenen sowjetischen Altschulden bei Geschäftsbanken in Höhe von ursprünglich etwa 25 Mrd. US-Dollar vereinbart (*Börsen-Zeitung* vom 18. November 1995). Die Rückzahlung dieser Schulden wird über 25 Jahre gestreckt bei sieben tilgungsfreien Jahren. Die in den tilgungsfreien Jahren anfallenden Zinsen werden ebenso wie die Zinsrückstände aus der Vergangenheit zu einem großen Teil kapitalisiert. Auch im Rahmen des Pariser Clubs strebt die russische Regierung eine langfristige Regelung für die sowjetischen Altschulden gegenüber staatlichen Gläubigern an; hier wurden bisher jährlich die jeweils fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen umgeschuldet.

Für die Jahre 1996–1998 hat der Internationale Währungsfonds einen Kredit im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität in Höhe von etwa 10 Mrd. US-Dollar zugesagt; davon sollen 1996 etwa 4 Mrd. US-Dollar ausgezahlt werden. Bedingung für die Kreditauszahlung ist die Abschaffung der verbliebenen russischen Exportzölle auf Rohstoffe, vor allem Energieträger (*Neue Zürcher Zeitung* vom 23. Februar 1996). Der resultierende Einnahmeausfall soll einerseits durch höhere Produktionssteuern auf Rohstoffe und andererseits durch höhere Importzölle ausgeglichen werden. Höhere Produktionssteuern treffen sowohl Exporte als auch heimischen Verbrauch und beschleunigen damit die Anpassung der Inlandspreise für Energierohstoffe an das Weltmarkt-

niveau trotz der faktisch noch bestehenden staatlichen Preiskontrollen. Außerdem erweitern sie den Zugriff der Zentralregierung auf die Ressourcenrente und können so zu einer sinnvollen Verteilung der Staatseinnahmen auf die Gebietskörperschaften in einem System des fiskalischen Föderalismus beitragen. Ohne eine Erhöhung der Produktionssteuern würden nämlich höhere (Netto-)Exportertlöse nach der Abschaffung der Exportzölle praktisch ausschließlich den rohstoffproduzierenden Betrieben sowie gegebenenfalls solchen örtlichen Gebietskörperschaften zugute kommen, die unmittelbar am Rohstoffverkauf beteiligt sind. Die Erhöhung von Importzöllen hingegen stellt die bereits erreichte Liberalisierung des russischen Importregimes in Frage und setzt damit ein negatives Signal hinsichtlich des Willens der russischen Regierung zu einer konsequenten Weiterführung der Reformpolitik.

Deutschland hat im Anschluß an die Vereinbarung des IWF-Kredites für 1996 Kredite über 5,1 Mrd. DM zugesagt. Von diesen Krediten entfallen 3 Mrd. DM auf ein Konsortium deutscher Geschäftsbanken, von denen 90 vH durch Bürgschaften des Bundes abgesichert werden. Der Kredit soll als Zahlungsbilanz- und Budgethilfe den russischen Staatshaushalt entlasten. Die Kreditlaufzeit beträgt sieben Jahre bei vier Freijahren, die Verzinsung fünf Achtel über dem Sechsmonats-Libor. Ein weiterer Kredit über 1 Mrd. DM wurde von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergeben, mit dem Projekte im beiderseitigen Länderinteresse, aber ohne Lieferbindung finanziert werden sollen. Schließlich hat ein Konsortium deutscher Banken einen weiteren Kredit über 1,1 Mrd. DM abgeschlossen, der durch Hermes-Bürgschaften und Garantien

der Treuhandnachfolgeorganisation BVS abgesichert wurde.

Rußland nimmt, gemessen an Verschuldungsindikatoren wie dem Anteil der Auslandsverschuldung am BIP oder an den Waren- und Dienstleistungsimporten, gegenwärtig nur einen mittleren Rang unter den Transformations- und Entwicklungsländern ein. Nach Ablauf der mit dem Londoner Club vereinbarten sieben Freijahre für alte Kredite ist allerdings mit einer Kumulation von Zins- und Tilgungsverpflichtungen zu rechnen. Die Aufnahme zusätzlicher Kredite durch den russischen Staat müßte bei anhaltender Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte zu einer weiteren Erhöhung zukünftiger Belastungen und damit zu einem wachsenden Risiko des Kreditausfalls führen.

Die unlängst zugesagten Kredithilfen für Rußland erleichtern zwar eine inflationsneutra-

le Defizitfinanzierung. Allerdings sind diese Kredite nicht ohne Risiken. Zunächst einmal wird das erhöhte Angebot von Devisen zu einer nominalen Aufwertung des Rubels führen. Dies bedeutet tendenziell eine Verschlechterung der Exportchancen. Die Frage ist, inwieweit die Zentralbank die nominale Aufwertung des Rubels zulassen wird. Zwar erweitert die Aufwertung den bestehenden Zinssenkungsspielraum, nähert sich der Wechselkurs aber dennoch dem unteren Rand des Kurskorridors und kommt es zu Interventionen der Notenbank, steigen die Inflationserwartungen. Im Ergebnis können damit die externen Finanzhilfen die russische Regierung nicht aus ihrer Pflicht entlassen, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung einzuleiten und die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern.

## VII. Ordnungspolitische Entwicklungen

Mit rd. 10 000 Unternehmen wurden 1995 nur noch halb so viele Unternehmen wie im Vorjahr privatisiert.<sup>16</sup> Besonders schleppend verlief die Privatisierung in der Landwirtschaft,<sup>17</sup> u.a. weil das neue Bodengesetz nicht verabschiedet wurde.<sup>18</sup> Die Zahl der insgesamt privatisierten Unternehmen hat sich bis Ende 1995 auf 122 000 erhöht. Damit verringerte sich zwar der Anteil der staatlichen und kommunalen Betriebe an der Gesamtzahl der Unternehmen auf 20 vH. Allerdings übt der Staat über Beteiligungen noch einen bedeutenden Einfluß auf viele der formal privatisierten Unternehmen aus.

1995 wurden 2 270 Unternehmen vor ihrer eigentlichen Privatisierung zunächst in Aktiengesellschaften umgewandelt. Lediglich 3 vH der zum freien Verkauf vorgesehenen Aktien wurden auf Investitionstendern an strategische Investoren, darunter Ausländer, verkauft. Hieran wird deutlich, daß die Verkaufsprivatisierung bei externen Investoren nur auf ein geringes Interesse stößt. Insider werden daher ihre starke Stellung in den Unternehmen behalten.

Die Privatisierungserlöse hatten 1995 einen Anteil von nur 1 bis 2 vH an den Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts.<sup>19</sup> Für 1996 sind im föderalen Budget Einnahmen in

Höhe von 13 Bill. Rubel vorgesehen. Dabei werden Kredite, die der Staat gegen eine Verpfändung staatlicher Aktien aufnehmen soll, als Privatisierungserlöse verbucht. Die Kreditaufnahme gegen Verpfändung hat 1995 mit 4,5 Bill. Rubel den Großteil der Privatisierungserlöse erbracht (*Finansovye izvestija* vom 9. Februar 1995). Das Recht auf die Vergabe der Kredite wurde versteigert. Häufig wurde der Zuschlag an die mit der Versteigerung beauftragte Bank nur wenig über dem Mindestgebot erteilt (*Ekonomika i žizn'* Nr. 10 aus 1996; *PlanEcon* 1996: 30 f.; *Finansovye izvestija* vom 21. November 1995). Dies hat nicht nur zu Protesten der von den Auktionen ausgeschlossenen Banken sowie der betroffenen Unternehmen geführt. Das Programm wurde darüber hinaus zum zentralen Kritikpunkt an der bisherigen Privatisierungspolitik. Eine vom Parlament eingesetzte Kommission ist mittlerweile mit der Überprüfung der bisherigen Privatisierungsfälle, u.a. des Programms „Kredit gegen Pfand“, beauftragt worden. Zudem wurde die Liste jener strategischen Unternehmen, die nicht privatisiert werden sollen, wieder erweitert. Daher sind auf dem Gebiet der Privatisierung 1996 zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen im Sommer keine Fortschritte zu erwarten.

Im nichtstaatlichen Sektor, der rein private Unternehmen, aber auch solche mit staatlicher Beteiligung umfaßt, waren Ende 1995 rund 62 vH der Beschäftigten angestellt und wurden

70 vH des BIP erwirtschaftet (Goskomstat Rossii 1996a: 5, 239). Das Wachstum des privaten Sektors ist neben der Privatisierung staatlicher Unternehmen auch davon abhängig, ob ein günstiges Umfeld für Existenzgründungen, insbesondere auch kleiner Unternehmen, besteht. Zur Förderung von Kleinunternehmen wurden 1995 weitere Steuererleichterungen gewährt sowie der Zugang zu Krediten durch die Gründung eines speziellen Fonds vereinfacht. Die Zahl der Kleinunternehmen hat in den vergangenen Jahren zwar auf mehr als 900 000 zugenommen; ihre Bedeutung ist jedoch mit einem Anteil von 9 vH am BIP noch gering.

Die Regelungen für den Marktaustritt blieben auch 1995 unzureichend. Insolvente Unternehmen sind nicht gezwungen worden, ihre Geschäftstätigkeit aufzugeben. Der Anteil zahlungsunfähiger Betriebe an der Gesamtzahl der Unternehmen belief sich Ende November 1995 auf 30 vH (Goskomstat Rossii 1996a: 188, 438).

Nach dem Inkrafttreten des zweiten Teils des Zivilgesetzbuches Anfang 1996 sind die rechtlichen Grundlagen für Wirtschaftstätigkeiten entscheidend verbessert worden.<sup>20</sup> Das neue Gesetz über die Aktiengesellschaften hat frühere Widersprüche in den aktienrechtlichen Regelungen beseitigt (*Rossijskaja gazeta*, *Federalnyj Zakon* „Ob akcionernych obščestvach“, 29. Dezember 1995). Allerdings bleibt die Rechtsdurchsetzung unzureichend. Dies behindert die Wirtschaftsreformen beträchtlich.

## VIII. Ausblick

Stabilisierungspolitisch hat die russische Regierung im vergangenen Jahr die Weichen neu gestellt: Mit der Einführung eines Wechselkurskorridors wurde explizit ein wechselkurspolitisches Ziel verfolgt. Komplementär dazu hat die Geldpolitik mit hohen positiven Realzinsen um 100 % pro Jahr über einen längeren Zeitraum einen restriktiven Kurs durchgehalten. Sie wurde von der Fiskalpolitik unterstützt, indem der Anteil des Budgetdefizits am Bruttoinlandsprodukt von 10 vH im Jahr 1994 auf nur noch 3 vH reduziert wurde. Der positive Effekt war ein deutlicher Rückgang der Inflationsrate im Jahresverlauf. Die Liberalisierung der Ausfuhren von Energie und Rohstoffen hat den Überschuß in der Handelsbilanz auf 20 Mrd. US-Dollar erhöht. Gleichwohl hat dies nicht zum erhofften Ende des wirtschaftlichen Rückgangs beigetragen.

Der Preis für die fiskal- und geldpolitische Restriktion war ein abermals starker Rückgang der Realeinkommen der privaten Haushalte und der Investitionen in Sachkapital mit jeweils 13 vH. Das Bruttoinlandsprodukt

schrumpfte um weitere 4 vH. Die reale Aufwertung des Rubels verstärkte darüber hinaus den Strukturwandel zu Lasten der verarbeitenden Industrie.

Angesichts extrem hoher Realzinsen und zunehmender Währungsreserven haben sich für die Zentralbank Zinssenkungsspielräume ergeben. Vor diesem Hintergrund ist das Inflationsrisiko einer geldpolitischen Lockerung geringer einzuschätzen als das Risiko einer erneuten realwirtschaftlichen Kontraktion. Soll 1996 wirtschaftliches Wachstum einsetzen, so muß die Wirtschaftspolitik vor allem eine weitere reale Aufwertung verhindern, und es muß ein Absinken des extrem hohen Realzinsniveaus eintreten. Erfolgt dies nicht, ist auch 1996 keine Erholung zu erwarten. Belastend kommt hinzu, daß die Privatisierung der Staatsunternehmen keine Fortschritte machte und somit auch von der institutionellen Seite keine Investitionsanreize bestehen. Die Chancen, daß die russische Wirtschaft eine Jahresinflationsrate von 50 vH unterschreitet, sind dagegen gut.

## IX. Statistischer Anhang

*Tabelle A1* — Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren Rußlands 1990–1996 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Januar 1996
Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	-3	-5	-14,5	-8,7	-12,6	-4	-3
Industrieproduktion <sup>a</sup>	-0,1	-8	-18	-14	-21		-3
Agrarproduktion <sup>a</sup>	-3,6	-5	-9	-4	-12	-8	
Bruttoanlageinvestitionen <sup>a</sup>	0,1	-15	-40	-12	-24	-13	-10
Gütertransportvolumen <sup>a</sup>	-4,3	-7	-14	-12	-14	-2	-3
Einzelhandelsumsatz <sup>a</sup>	10	-3,2	-3,5	1,9	0,1	-7	3
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher <sup>a</sup>	10,2	-17	-18	-30	-38	-17	
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18	120	750	1 030	360	158	105
Nominallöhne und -gehälter	15	81	994	878	276	119	116
Verkaufspreise der Industrie <sup>b</sup>	4	240	3 280	895	233	175	133
Verbraucherpreise <sup>b</sup>	6	160	2 510	840	215	131	104
Arbeitslosenquote am Periodenende <sup>c</sup>	.	.	4,8	5,7	7,5	8,2	8,4

<sup>a</sup>Real. — <sup>b</sup>1990: Jahresdurchschnitt; 1991–1995: Dezember zum Dezember des Vorjahres; Januar 1996 zu Januar 1995.  
— <sup>c</sup>ILO-Methodik.

*Quelle:* Goskomstat Rossii (1992a: 14 f.; 1994a: 287; 1995a: 25, 123 f.; 1995b: 12, 80, 243; 1996a: 3 f., 153, 254, 327, 430, 434; 1996b: 3 ff.), Goskomstat RSFSR (1991:129, 177, 352).

*Tabelle A2* — Industrieproduktion Rußlands nach Wirtschaftszweigen 1990–1996 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Januar 1996
Industrie insgesamt <sup>a</sup>	-0,1	-8	-18	-16,2	-20,9	-3,3	-5
Elektrizitätswirtschaft	2	0,3	-4,7	-5,3	-8,8	-3	1
Brennstoffindustrie	-3,3	-6	-7	-15	-11	-2	-3
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-16,4	-16,6	-17,4	9	-4
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-25,4	-18,1	-9,1	2	1
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-21,7	-21,5	-28,9	8	-12
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10	-14,9	-15,6	-38,1	-10	-19
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9	-14,6	-18,7	-31,2	-7	-16
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-20,4	-17,6	-28,9	-8	-25
Leichtindustrie	-0,1	-9	-30	-23,4	-47,3	-31	-33
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-16,4	-9,2	-21,9	-9	-3

<sup>a</sup>1990 bis 1993: Nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994 und 1995: Einschließlich Kleinbetriebe und Joint ventures.

*Quelle:* Goskomstat Rossii (1992b: 33 ff.; 1993: 367; 1994b: 127; 1995c: 12 f., 219; 1996a: 17 ff.; 1996b: 5 f.).

*Tabelle A3* — Monatliche Preisentwicklung in Rußland 1994–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise			Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Januar	21	18	4,1	19	21,5	3,3
Februar	10	11	2,8	16	16,9	2,8
März	9	8,9		10	10,7	
April	10	8,5		10	14,8	
Mai	8	7,9		7	8,9	
Juni	5	6,7		8	6,1	
Juli	5	5,4		8	6,7	
August	4	4,6		6	6,8	
September	8	4,5		7	5,7	
Oktober	15	4,7		11	4,6	
November	14	4,5		13	2,9	
Dezember	16	3,2		13	1,8	

*Quelle:* Goskomstat Rossii (1995c: 84; 1996a: 153; 1996b: 3).

*Tabelle A4* — Struktur der Geldeinkommen und -ausgaben der privaten Haushalte in Rußland 1993–1995 (vH)

	1993	1994	1995
Geldeinkommen	100	100	100
Lohn	58,0	46,4	39,5
Soziale Transfers	17,2	17,4	16,7
Einkommen aus Vermögen	24,8	36,2	43,8
Verwendung der Einkommen	100	100	100
Kauf von Waren und Dienstleistungen	68,9	64,5	70,6
Pflichtabführungen und Beiträge	7,6	6,8	6,7
Buch- und Wertpapiersparen	6,2	6,5	4,9
Devisenkauf	8,0	17,7	14,3
Zuwachs der Bargeldbestände	9,3	4,5	3,5

*Quelle:* Goskomstat Rossii (1995b: 78; 1996a: 257 f.).

Tabelle A5 — Konsolidierter Haushalt Rußlands 1992–1995 (Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben in vH des BIP)

	1992 <sup>a</sup>	1993 <sup>b</sup>	1994	1995
<i>Einnahmen insgesamt</i>	28,0	29,0	29,0	26,2
Gewinnsteuer	8,2	9,8	8,0	7,0
Einkommenssteuer	2,3	2,6	2,9	2,2
Mehrwertsteuer	10,5	6,5	6,1	0,6
Akzisen	1,1	1,0	1,2	1,5
Zölle etc.	2,5	1,4	3,1	1,5
Sonstige Einnahmen	3,4	7,7	7,7	8,3
<i>Ausgaben insgesamt</i>	31,4	33,6	39,3	29,4
Volkswirtschaft	10,8	9,4	10,4	
Industrie, Energie, Bauwirtschaft				2,2
Landwirtschaft, Fischerei				1,2
Transport, Kommunikation				0,8
Sozial-kulturelle Maßnahmen	7,3	8,4	9,0	
Bildung				3,4
Gesundheit				2,4
Soziale Sicherung				1,2
Verteidigung	4,5	4,2	4,6	2,9
Verwaltung und Rechtsorgane	2,1	2,4	3,0	2,3
Außenwirtschaft	2,1	1,6	0,8	1,3
Schuldendienst				1,5
Sonstige	4,5	7,6	11,4	10,2
<i>Defizit</i>	3,4	4,6	10,3	3,2

<sup>a</sup>Im Jahr 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. *Voprosy Ekonomiki* Nr. 1 aus 1994: 42.  
<sup>b</sup>Die Angaben für das Jahr 1993 wurden nachhaltig revidiert.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995b), Arbeitsunterlagen des russischen Finanzministeriums, Berechnungen der Institute.

Tabelle A6 — Wachstumsraten von Geldmengen- und Kreditaggregaten in Rußland 1992–1995 (Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH)

	1992	1993	1994	1995	1995			
	I-IV	I-IV	I-IV	I-III	I	II	III	IV
Bargeld	82	70	29	25	-3	55	24	.
Geldbasis	.	67	31	22	4	48	21	16
M2	70	51	32	22	10	46	15	19
Bankkredite <sup>a</sup>	86	58	32	15	27	7	12	6 <sup>b</sup>

<sup>a</sup>Kredite der Banken und der Zentralbank an Haushalte und Unternehmen. — <sup>b</sup>Wachstumsraten für die Monate Oktober und November auf Quartalsbasis.

Quelle: Central Bank of Russian Federation (Ifd. Jgg.), Government of the Russian Federation (Ifd. Jgg.), Institute of Economic Analysis (1995).

Tabelle A7 — Anteil privatisierter Unternehmen in Rußland nach Branchen (vH)

	1994	1995
Industrie	26,9	20,5
Landwirtschaft	3,0	1,8
Transport und Infrastruktur	5,4	3,0
Bauwirtschaft	11,0	9,3
Handel	28,8	32,2
Nahrungsmittelgewerbe	5,4	5,8
Andere	19,5	27,4

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a: 121).

Tabelle A8 — Verteilung der Privatisierungserlöse in Rußland (vH)

	1994 <sup>a</sup>	1995 <sup>a</sup>
Kommunen	40	36
Föderationssubjekte	21	17
Föderation	13	18
Privatisierungsorgane	20	14
Sonstige	6	15

<sup>a</sup>Januar bis November.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995c: 82 f.; 1996a: 128).

## Endnoten

- 1 Diese Hoffnungen basierten darauf, daß das BIP im Mai 1995 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat nicht zurückgegangen war (*Rossijskaja gazeta* vom 6. Juni 1995: 5 f.).
- 2 Der Anteil der Energie- und Transportkosten an den gesamten Produktionskosten der Metallurgie betrug 1995 etwa 50 vH gegenüber 18 vH im Jahr 1991 (*Finansovye izvestija* vom 1. Februar 1996).
- 3 In diesen Berechnungen wird das Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“) der tatsächlichen Beschäftigung gegenübergestellt. Die Differenz wird als „arbeitslos“ definiert.
- 4 Ausgleichszahlungen für den Preisanstieg bei Konsumgütern und Dienstleistungen.
- 5 Zugrundegelegt wurden Angaben des russischen Finanzministeriums.
- 6 Das Defizit des konsolidierten Haushalts (3,2 vH des BIP) wurde vor allem auf der Föderationsebene verursacht (knapp 3 vH des BIP). Den Einnahmen des Föderationshaushaltes von etwa 13,5 vH des BIP standen Ausgaben von etwa 16,5 vH des BIP gegenüber. Die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften waren in ihrer Summe nur geringfügig defizitär. Teilweise konnten Schuldverschreibungen der Regionen plaziert werden.
- 7 Nach den Angaben des Finanzministeriums war die Nettoneuverschuldung der öffentlichen Haushalte bei der Zentralbank negativ.
- 8 Aufgrund von Abgrenzungsproblemen ist unklar, ob nicht ein Teil der vormals unter „Volkswirtschaft“ subsumierten Ausgaben in die „Sonstigen Ausgaben“ ausgelagert wurde. Da aber auch diese 1995 rückläufig sind, ist eine vollständige Kompensation der Kürzungen durch anderweitige Subventionen unwahrscheinlich.
- 9 Diese Angaben beziehen sich auf verschiedene Ausgaben des *Bulletin of Banking Statistics* bzw. des *Vestnik Banka Rossii* der Russischen Zentralbank.
- 10 Aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen sind diese Werte nicht mit Angaben des Finanzministeriums kompatibel.
- 11 Zwar wurde die Zentralbank durch die offizielle Ernennung eines neuen Notenbankpräsidenten im November 1995 tendenziell gestärkt, allerdings haben Regierung und Parlament noch immer einen recht großen indirekten Einfluß auf geldpolitische Entscheidungen (*Nachrichten für Außenhandel* vom 24. November 1995).
- 12 Bisher wird die Refinanzierung vorwiegend über Kreditauktionen abgewickelt, deren Zinsen sich an den offiziellen Refinanzierungszinsen orientieren.
- 13 Die in Schaubild 1 wiedergegebenen Interbankenzinsen stellen somit nur die Untergrenze der effektiv gezahlten Marktzinsen dar, die den als erstklassig eingestuften Banken eingeräumt werden. Dies wird auch darin erkennbar, daß der Zinssatz auf Staatsanleihen seit September 1995 oberhalb des Interbankenzinses liegt.
- 14 Zuvor galt ein Kurskorridor von 4 300 bis 4 900 Rubel.
- 15 Seit Jahresbeginn werden Auslandsüberweisungen zur Bezahlung von Importen verschärft kontrolliert, um illegale Kapitalausfuhr durch Überfakturierung zu erschweren. Auch dies spricht dafür, daß weiterhin Kapital in erheblichem Maße ins Ausland abfließt (*Nachrichten für Außenhandel* vom 29. Februar 1996).
- 16 Staatliche und kommunale Betriebe gelten dann als privatisiert, wenn entweder im Fall großer Unternehmen eine Entscheidung über ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft getroffen und ein Privati-

sierungsplan bestätigt wurde oder aber wenn ein Verkaufsvertrag vorliegt (Goskomstat Rossii 1995b: 229). Vgl. zu den folgenden Angaben, soweit nichts anderes angegeben, Goskomstat Rossii (1996a: 119–131).

- 17 Zum Anteil privatisierter Unternehmen nach Branchen vgl. Tabelle A7.
- 18 Allerdings hat der Präsident im März 1996 durch ein Dekret die freie Veräußerung privaten Landbesitzes verfügt. Derzeit wird die Übereinstimmung des Dekrets mit geltendem Recht geprüft.
- 19 Zur Aufteilung der Privatisierungserlöse auf die verschiedenen Gebietskörperschaften vgl. Tabelle A8.
- 20 Graždanskij Kodeks Rossijskoj Federacii (*Rossijskaja gazeta* vom 6. Februar 1996).

## Literaturverzeichnis

Central Bank of Russian Federation (lfd. Jgg.). *Bulletin of Banking Statistics*. Moskau.

Central'nyi Bank Rossijskoj Federacii (1996). *Vestnik Banka Rossii*, Nr. 2. Moskau.

DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1995). Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. Kieler Diskussionsbeiträge 262. Institut für Weltwirtschaft Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 62 (51–52): 876–897 des DIW und als Forschungsreihe 4/1995 des IWH.

Goskomstat Rossii (Gosudarstvennyi Komitet Rossijskoj Federacii po Statistike) (1992a). *Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii*. Moskau.

— (1992b). *Promyslennost' Rossijskoj Federacii*. Moskau.

— (1993). *Rossijskaja Federacija v 1992*. Moskau.

— (1994a). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993*. Moskau.

— (1994b). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1994*. Moskau.

— (1995a). *Ceny v Rossijskoj Federacii*. Moskau.

— (1995b). *Rossijskij statističeskij ežegodnik*. Moskau.

— (1995c). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994*. Moskau.

— (1996a). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995*. Moskau.

— (1996b). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 1996*. Moskau.

Goskomstat RSFSR (Gosudarstvennyi Komitet RSFSR po Statistike) (1991). *Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990*. Moskau.

Government of the Russian Federation (1996). *Russian Economic Trends. Monthly Update*. (Januar). Moskau.

— (lfd. Jgg.). *Russian Economic Trends. Monthly Update*. Moskau.

Institute of Economic Analysis (1995). *Main Economic Indicators — Survey of Russian Economy*, Nr. 13. Moskau.

PlanEcon (1996). Russian Economic Monitor: The Duma Swings Towards the Communists and Yeltsin Punishes Chubais; Some Easing of Fiscal and Monetary Discipline Likely before Presidential Elections in June. *PlanEcon Report* 12 (1–2): 1–32.

Winkler, A. (1996). Banking after the Liquidity Crisis: The Monetary Situation in Russia at the Beginning of 1996. Internes Arbeitspapier. Interdisziplinäre Projekt Consult, Frankfurt.